Nr. 355 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 40

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— M., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.— M. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190–15197.

Freitag, den 16. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753–54.

Kohlenvertrag vor der Unterzeichnung

In Berlin war mittags ein Uhr eine bestimmte Nachricht über die Entscheidung der deutschen Delegation noch nicht eingetroffen. Es sprechen jedoch verschiedene Umstände für die Annahme, daß die Unterzeichnung unter gleichzeitiger Rechtsverwahrung gegen die Einmarschdrohung erfolgen dürfte.

•

V. S. Spa, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Mit der Antwort der Entente auf unsere Gegenvorschläge, die um 10 Uhr abends überreicht wurde, hat sich die Situation wesentlich verschlechtert, obwohl diese Antwort auf den ersten Blick nicht ungünstig erscheint. Eine nähere Prüfung durch die Kohlenfinanzsachverständigen, die in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Ministers Simons bis Mitternacht andauerte, ergab, daß die allerschwersten Bedenken vorhanden sind, vor allen Dingen, weil wieder die Einmarschdrohung ergeht. Falls wir bis zum 1. November nicht 6 Millionen Tonnen geliefert haben, tritt der Ententeeinmarsch ein. Das könnte nach Auffassung der Juristen der Delegation und der Unterhändler ohne Genehmigung des Reichstags nicht erfolgen, da es eine Verletzung des Friedensvertrages bedeutet.

Nun soll Deutschland entgegen dem Friedensvertrag unterschreiben, daß es dem Einmarsch zustimmt und trotz physischer Unmöglichkeit die Kohlenleistung erfüllen wolle. Das sind dieselben Bedenken, wie bei der Unterschrift des Entwaffnungsprotokolls, nur in verschärfter Form. Aber es besteht die Aussicht, ähnlich wie beim letzten Mal, daß ein formeller Ausgleich gefunden werde, der es der Delegation gestatten würde, zu unterzeichnen, ohne einen Verfassungsbruch zu begehen.

In der oberschlesischen Frage sind die Zusagen pflaumenweicher Art. Welche Befugnisse die gemischte Kommission in Oberschlesien und besonders ihr deutsches Mitglied besitzen wird, läßt sich aus dem Text der Antwort nicht ersehen, und uns kommt es vor allem darauf an, statt wie bisher 1,2 Millionen oberschlesischer Kohle 1,5 Millionen Tonnen zu erhalten. Die Abstimmungsfrage wird in der Antwort gar nicht erwähnt, allerdings war in unseren Gegenvorschläge davon nicht direkt die Rede.

Die gemischte Untersuchungskommission in Essen zur Prüfung der Wünsche der Bergarbeiter wird zugestanden und erhält sogar außerordentlich weitgehende Befugnisse. Deutscherseits werden in ihr Vertrauensmänner der Arbeiterschaft sitzen, jedenfalls Hue.

Sehr bedenklich ist dagegen die Antwort auf Punkt 2, nach welchem die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis uns in bar bezahlt werden sollte zum Austausch von Lebensmitteln für die Bevölkerung und Förderung der Produktion. Die Alliierten wollten uns diese Summe, abgesehen von 5 Goldmark pro Tonne, nur vorschußweise bewilligen, als Teil der internationalen Anleihe, die uns für die Anschaffung von Lebensmitteln gewährt werden soll.

„Erwürgt und betrogen," so faßte Hugo Stinnes die Situation zusammen. Aber auch solche Persönlichkeiten, die bisher im schärfsten Gegensatz zu ihm standen und für ein Entgegenkommen um jeden Preis waren, erklärten sehr entschieden, die Antwort der Alliierten sei sehr ungünstig und die Lage habe sich wesentlich verschlechtert.

Die Verteilung der Kohle.

Spa, 15. Juli. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer erklärte dem Sonderberichterstatter von Havas, daß er von dem zwischen den Alliierten abgeschlossenen Uebereinkommen bezüglich der Kohlen sehr befriedigt sei. Frankreich werde monatlich 1,6 Millionen Tonnen deutsche Kohlen erhalten, Italien 250 000 Tonnen und Belgien den Rest. Das Kohlendefizit Frankreichs wird dadurch auf 6 Millionen Tonnen pro Jahr vermindert.

Die Verrechnung.

Paris, 15. Juli. Der Vertreter des „Petit Parisien" in Spa meldet: In Anbetracht des verwickelten Problems und in Anbetracht, daß die Besprechung des Protokolls in der Kohlenfrage lange Diskussionen in Anspruch nehmen müsse, muß man darauf gefaßt sein, daß der Auftrag, die Gesamtsumme, die Jahressumme und die Zahlungsweise festzusetzen, der Wiedergutmachungskommission übertragen wird, die im Begriffe steht, ihre Arbeiten zu beenden. Louis Dubois, der Vorsitzende der Wiedergutmachungskommission, hat es mir heute anvertraut, daß die Delegierten bereits über den Prozentsatz und die verschiedenen Kompensationen, die nötig sein werden, einig sind. Die Deutschen würden daher eingeladen werden, ihre Vorschläge vorzulegen und diese werden der Wiedergutmachungskommission überwiesen. Unter diesen Umständen müßte die Konferenz in Spa am Sonnabend beendet sein.

Simons über die Vertragserfüllung.

Spa, 16. Juli. (T. U.) Das Begleitschreiben des Ministers Dr. Simons, mit welchem die deutschen Vorschläge übersandt wurden, weist besonders darauf hin, daß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages die Leistungen Deutschlands auf einem bestimmten Gebiet nicht so hoch geschraubt werden dürfen, daß dadurch die Vertragserfüllung auf anderen Gebieten unmöglich gemacht wird. Die Zukunft wird lehren, ob diese Bestimmung des Vertrages praktische Bedeutung erlangen wird.

Gelingt es, die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, so ist damit zunächst einmal die dringende und größte Gefahr für Deutschland abgewehrt, eine Gefahr, die man erst dann voll einschätzen kann, wenn man in Betracht zieht, daß die Absichten der Alliierten offenbar darauf ausgingen, sich nicht mit dem Ruhrgebiet zu begnügen, sondern auch andere Industriegegenden Deutschlands in Mitleidenschaft zu ziehen. Dies zu vermeiden, und sei es auch durch die größten Opfer, mußte für die verantwortlichen Führer Deutschlands die erste Aufgabe sein. Ihre zweite Sorge wird darin zu bestehen haben, daß nunmehr in nächster Zeit Unruhen und Streiks im Ruhrgebiet vermieden werden. Dafür ist es vor allem notwendig, daß die Kommission, die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter in Essen zusammentreten soll, entsprechend der deutschen Forderung möglichst bald ins Leben gerufen wird.

Die falsche Rechnung.

Haag, 15. Juli. „Nieuwe Courant" verwirft die von der Entente angedrohte Lösung einer rein wirtschaftlichen Frage, wie des Kohlenproblems, mit militärischen Mitteln. Die Besetzung des Ruhrreviers würde nichts nutzen. Die Deutschen ständen auf dem Standpunkt, daß sie sich nicht wieder wie in Versailles dem Galgen verschreiben wollen.

Stockholm, 15. Juli. Der Pariser Spezialkorrespondent von „Svenska Handelstidning" vergleicht Frankreichs und Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse. Das Preisniveau in Kronen umgerechnet, liege in Paris bei 230, in Berlin bei 400 Prozent. Die französische Industrie sei im wirklichen Aufblühen und größtenteils auch beschäftigt; in dem zerstörten Gebiet nehme ein Unternehmen nach dem andern seine Arbeit auf, obwohl mit Rücksicht auf den Eindruck in Spa behauptet wird, daß der Beschäftigungsgrad infolge Ausbleibens der deutschen Kohle geringer geworden sei, als in Deutschland. In Frankreich gebe es keine Not wie in Deutschland.

Angriffe gegen Stinnes.

Haag, 16. Juli. (Holländisch Nieuwsbureau.) Die englische Presse fährt fort, die Person Stinnes' zu dem Zweck, Mißtrauen gegen Deutschland wachzuhalten, zu gebrauchen. Stinnes habe allein den deutschen Widerstand in Spa verschuldet. Ferner weiß die englische Presse zu berichten, daß Stinnes, nachdem er schon zahlreiche deutsche Zeitungen erworben habe, nun auch noch Schweizer, italienische und französische Blätter zu kaufen gedenke, wobei er direkt von der deutschen Regierung unterstützt werde.

„Daily Chronicle" sagt: Wenn die Konferenz in Spa scheitert, so wird man dies Stinnes zu verdanken haben, dessen Einfluß auf die schwache deutsche Regierung zu stark geworden ist. Wenn jetzt neues Unglück über die Deutschen komme, so könne man den Deutschen sagen, bei wem sie sich dafür zu bedanken haben.

„Westminster Gazette" schreibt über die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes: Die Leute, die auf diese Lösung abzielen, als ob sie wünschenswert und weise wäre, sind so kurzsichtig wie möglich, denn dies ist eine Lösung, die auf jeden Fall vermieden werden muß, sowohl aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen. Für Deutschland wäre sie die endgültige Katastrophe, für die Alliierten nur eine Sackgasse. Wir hoffen, sagt das Blatt, daß die Deutschen aufhören, mit der Lage zu spielen, daß sie ferner aufhören mit der Heimtücke des Herrn Stinnes und offen mit den Alliierten reden, die ihrerseits Zweifel und Beunruhigung beseitigen sollten, damit man endlich wirklich eine Lösung findet. Es ist hohe Zeit, daß die oberschlesische Frage gelöst wird. Die Volksabstimmung sollte dort sofort vorgenommen werden, damit die Deutschen wissen, ob sie auf die oberschlesische Kohle rechnen können oder nicht. Bevor dies nicht entschieden ist, sind alle Schätzungen und Erwägungen der Zukunft unmöglich.

Deschanel will bleiben. Zwei französische Kammerdeputierte haben, wie die „Dena" meldet, den Präsidenten der französischen Republik besucht und erklären, daß die Zeitungsmeldungen von einem langen Siechtum des Präsidenten aus der Luft gegriffen seien. Der Präsident werde bereits in knapp einem Monat völlig wieder hergestellt sein. Die Deputierten erklären ferner, daß Deschanel sich strikte geweigert habe, zurückzutreten. Der Kampf um Deschanel in der französischen Presse wird aber mit großer Hartnäckigkeit weitergeführt.

Die Antwort der Entente.

Das Angebot der deutschen Vertretung in Spa, das unter dem Druck der Einmarschdrohung der Alliierten die geforderte Leistung von 2 Millionen Tonnen Kohlen monatlich für die nächsten sechs Monate zugestand, kennzeichnete zugleich die Voraussetzungen, unter denen diese Leistung, ohne den völligen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft herbeizuführen, vielleicht zustande gebracht werden könnte. In der Antwort der Entente wird jedoch die Erfüllung dieser Forderungen nur zum Teile zugestanden.

Abgewiesen ist zunächst das deutsche Verlangen, die gelieferten Kohlen sollten nach den Weltmarktpreis berechnet werden. Die Entente beruft sich in dieser Beziehung auf die halsabschneidende Bestimmung des Versailler Dokuments, wonach Deutschland seine gesamten Leistungen nur nach dem deutschen Inlandspreis angerechnet werden. Zu diesem Inlandspreis soll ein bar auszuzahlender Zuschlag von fünf Mark in Gold (50 Papiermark) kommen, wenn Kohle von bestimmter Klasse und Qualität bestellt und geliefert wird. Diese fünfzig Mark pro Tonne — also bei Lieferung von 2 Millionen Tonnen 100 Millionen Mark monatlich — sind zum Erwerb von Nahrungsmitteln für die deutschen Bergarbeiter zu verwenden. (Die Berechnung von 5 M. Gold gleich 50 M. Papier entspricht ungefähr dem heutigen Stand, das Verhältnis schwankt aber natürlich mit der deutschen Valuta.)

Ein weiterer Aufschlag wird nur vorschußweise gewährt, ist also von Deutschland wieder zurückzuzahlen. Er soll pro Tonne soviel betragen, wie der Unterschied zwischen dem deutschen Inlandpreis und demjenigen Preis beträgt, der für deutsche bzw. englische Ausfuhrkohle ab deutschen bzw. englischen Häfen gezahlt wird und zwar gilt in jedem Fall die geringere dieser beiden Differenzen. Fob heißt free on bord (frei an Bord), es handelt sich also um den Preis ausschließlich der Seetransportkosten. Diesen Preis bekommt aber Deutschland weder angerechnet noch bezahlt, angerechnet wird ihm nur der amtliche Inlandpreis auf das Wiedergutmachungskonto, bezahlt werden ihm fünfzig Papiermark pro Tonne, vorgeschossen wird ihm der überschießende Betrag bis zur Höhe des Ausfuhrpreises, der im Hafen für die weiter zu transportierende Ware bezahlt wird.

Das sieht ganz anders aus als der deutsche Vorschlag. Der Strick, der um den Hals der deutschen Wirtschaft gelegt ist, wird wieder um ein ganzes Stück weiter angezogen.

Die Kontrollmaßnahmen, die im Protokoll vom 11. Juli vorgesehen sind, treten sofort in Kraft. Das heißt, wir bekommen die internationale Kohlenkommission nach Berlin, ohne deren Erlaubnis kein Wagen Kohle verfahren werden darf. Die deutsche Kohlenwirtschaft wird statt sozialisiert — ententisiert. Und wer die Kohle in der Hand hat, der hat die ganze Wirtschaft in der Hand. Schon seit Versailles waren wir wirtschaftlich nicht mehr Herren im eigenen Hause. Daß wir es nicht mehr sind, das wird uns durch die verfügten Kontrollmaßregeln der Entente auf schmerzlichste zum Bewußtsein gebracht. Wir befinden uns in einem Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit, von dem sich die deutschen Arbeiter zum großen Teil nur eine ganz unzureichende Vorstellung machen, und geraten mit jedem Tage tiefer in ihn hinein. Die deutschen Kapitalisten werden immer mehr zu bloßen Zwischenmeistern, das Ententekapital aber ist der wirkliche Herr und Gebieter.

Noch schlimmer aber als alle wirtschaftlichen Bedingungen des neuen Kohlendiktats ist seine politische Schlußbestimmung:

Falls am 15. November 1920 festgestellt werden sollte, daß die Gesamtlieferung für August, September und Oktober 1920 die sechs Millionen Tonnen nicht erreicht hat, würden die Alliierten zur Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebietes, des Ruhrgebietes oder irgend eines anderen, schreiten.

Die Entente stellt sich damit, ebenso wie in ihrem Entwaffnungsdiktat auf einen Standpunkt, den keine deutsche Regierung als gerechtfertigt annehmen kann. Es kann lediglich eine Frage der Politik sein, ob man von zwei drohenden Uebeln das eine oder das andere als das kleinere wählt. Keine deutsche Regierung aber wird zugeben können, daß die Alliierten berechtigt sind, in unbesetztes deutsches Gebiet einzudringen, falls irgendwelche uns von ihnen auferlegte Leistungen nach ihren Auffassungen nicht hinreichend erfüllt sind.

Einmarsch und Einmarschdrohung sind nackter Rechtsbruch. Der Frieden zu Versailles gibt den Alliierten das Recht, die von ihnen besetzten Gebiete länger als fünf, zehn und fünfzehn Jahre besetzt zu halten, falls Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nicht nachkommt, er gibt ihnen aber nicht das Recht, nach Belieben weitere deutsche Gebiete zu besetzen. Deutschland kämpft hier um den letzten Rest seiner staatlichen Existenz. Denn ein Gemeinwesen, das

keine festen Grenzen mehr hat, das sich die Besetzung seines Gebietes — ist es denn noch seines? — ohne Widerstand und Widerspruch gefallen lassen muß, ein solches Gemeinwesen könnte man als Staat überhaupt nicht mehr bezeichnen. Die Auflösung Deutschlands als selbständiges Staatswesen bedeutet aber einen Zustand, der sich als dauernd niemand vorstellen kann, das ist ein Zustand nicht neuer gefestigter Ordnung, sondern der Auflösung ganz Europas, ein Zustand, der vorübergehend als Ausdruck einer bestehenden Machtverhältnisse, niemals aber als Rechtszustand ertragen werden kann.

Am 15. November will die Entente die Tonnen Kohlen, die von Deutschland geliefert sind, nachzählen, und fehlt eine, dann wird in das Ruhrrevier einmarschiert. Und was uns am 15. November droht, das soll uns alle Tage drohen, dreißig Jahre lang oder länger, wenn in dreißig Jahren die Forderungen der Entente noch nicht alle erfüllt sind. Gibt es einen denkenden Menschen auf der ganzen Welt, der es für möglich hält, ein Volk könnte eine solche Behandlung dreißig Jahre lang ertragen?

Das wehrlose Deutschland kann dem Streich des über seinem Haupt erhobenen Schwertes ausweichen, es kann harte wirtschaftliche Bedingungen annehmen, um einen drohenden militärischen Ueberfall zu vermeiden oder hinauszuschieben, es kann aber nicht auf seine staatliche Existenz verzichten, indem es seinen Gegnern das Recht zubilligt, im Frieden deutsches Staatsgebiet unter fremdmilitärischer Herrschaft zu bringen. Gegenüber diesem Anspruch militaristischer Willkür bleibt ihm nichts als der Appell an das Rechtsgefühl der Welt, an das Gewissen Europas;

Volk und Pöbel.

Kant und der „Reichsbote".

Es lohnt nicht, auf die Beschimpfungen einzugehen, die tagtäglich von der reaktionären Presse gegen die Arbeiterschaft ausgestoßen werden. In der Zeit, da die Deutschnationalen aus ihrem Schmollwinkel heraus immer wieder ihre unerwünschten Dienste anbieten, erinnert man sich zahlloser Aussprüche, daß sie nicht arbeiterfeindlich seien, sondern ihre Arbeit für das ganze deutsche Volk leisten wollten. Jetzt, da man den erhofften Ministersessel nicht erlangt hat, kann man den Schleier fallen lassen und die Arbeiterbeschimpfungen sind wieder an der Tagesordnung. Hierin leistet sich der konservative „Reichsbote" folgende Ungeheuerlichkeit:

Den Teil des Volkes, sagt Kant, der durch gemeinsame Abstammung sich zu einem Ganzen geeinigt fühlt, nennen wir die Nation; den Teil, der sich von dieser Gemeinschaft ausschließt, nennen wir Pöbel. **An dieser Trennung wollen wir festhalten, sie geht durch alle Klassen. Es gibt Arbeiter,** und gar nicht so wenige, die sicher zur Nation gehören, und Professoren, **allerdings in verschwindender Minderheit,** die zum Pöbel (natürlich nur in dem Kantschen Sinne) gehören.

Man muß seine Ohren haben, um das herauszuhören, was der „Reichsbote" sagen will, offen auszusprechen aber nicht wagt; denn während er zugibt, daß es „Arbeiter gibt", die zur Nation gehören, betont er die verschwindende Zahl der Professoren, die nicht hierzu gehören; er setzt also der großen Zahl des Arbeiterpöbels die verschwindend geringe des Professorenpöbels entgegen. Die Berufung auf Kant ist recht unglücklich. Man sollte in der Redaktion des „Reichsboten" diesen Philosophen erst verstehen, dann lesen und darauf erst zitieren; offenbar aber hat man dort den umgekehrten Weg eingeschlagen, indem man zuerst zitiert hat. Ob das Lesen und Verstehen darauf folgen wird, möchten wir allerdings sehr bezweifeln. Für heute möchten wir dem biederen „Reichsboten", der, nach der Begründung seiner „Pöbel"-anschauung befragt, sicher auf die Unreife des Volkes verweisen würde, nur mit folgendem Kantzitat antworten:

„Ich gestehe, daß ich im Ausdruck, dessen sich wohl auch kluge Männer bedienen (zur Belehrung des „Reichsboten": diesen hat Kant damit nicht gemeint. D. Red.), nicht wohl finden kann: ein gewisses Volk ist zur Freiheit nicht reif... Nach einer solchen Voraussetzung aber wird die Freiheit nie eintreten; denn man kann zu dieser nicht reifen, wenn man nicht zuvor in Freiheit gesetzt worden ist; **man muß frei sein, um sich seiner Kräfte in der Freiheit zweckmäßig bedienen zu können."**

Und schließlich über Kants Beurteilung derer, von denen die französische Revolution ausging, und von denen Revolutionen im allgemeinen auszugehen pflegen, der breiten Massen des Volkes nämlich, vom „Reichsboten" Pöbel genannt, sei noch ein Wort des Denkers zitiert:

„Diese Revolution, sage ich, findet in den Gemütern aller Zuschauer, die nicht selbst in diesem Spiele mitverwickelt sind, eine Teilnehmung dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt und deren Aeußerung selbst mit Gefahr verbunden war, **die also keine andere als eine moralische Anlage im Menschengeschlecht zur Ursache haben kann."**

Vielleicht überlegt es sich der „Reichsbote", ob er mit seinen Anpöbeleien weiter das Andenken Kants besudeln soll.

Das Regiment Sr. Majestät.

Vor wenigen Tagen erhielten die Angehörigen eines im Felde gefallenen Soldaten ein Gedenkblatt mit folgendem Anschreiben:

In den Kämpfen für die Verteidigung des deutschen Vaterlandes hat auch ein teures Glied Ihrer Familie den Heldentod erlitten. Zum Gedächtnis des auf dem Felde der Ehre Gefallenen haben **S. M. der Kaiser und König in herzlicher Teilnahme an dem schweren Verlust und in Anerkennung der von dem Verewigten bewiesenen Pflichttreue** bis zum Tode Ihnen das beifolgende Gedenkblatt verliehen, das als ein Erinnerungszeichen **an die große Zeit** und an den unauslöschlichen **Dank des Vaterlandes** in ihrer Familie dauernd bewahrt werden möge.

Berlin, den (ohne Datum).

Der Kriegsminister. gez. v. Stein.

Das Gedenkblatt wurde der Polizeibehörde Lichtenberg zur Aushändigung an die Hinterbliebenen übersandt. Absender ist: Kgl. Pr. Kurmärkisches Feldartl.-Regt. 89, Perleberg. Gegen die Absendung solcher Gedenkblätter vor der Revolution ist — wenn man von Geschmacksfragen absieht — wenig einzuwenden. Wie kommt jedoch noch heute ein Truppenteil dazu, „im Namen S. M." Dankschreiben zu versenden und sich ausdrücklich dabei als königlich zu bezeichnen? Der Glaube an die Verfassungstreue der Reichswehr wird hierdurch nicht gerade gestärkt. Gewisse Leute müssen sich endlich einmal an den Gedanken gewöhnen, daß Wilhelm der Entflohene nichts mehr anzuerkennen hat und daß die „große Zeit" sich als kläglicher Schwindel zur Täuschung des Volkes herausgestellt hat. Wie der Dank des Vaterlandes unter Wilhelm II. ausgesehen hätte, beweist das Verhalten seines Generals Ludendorff, der sich aus den ihm aus seinem Buche reichlich zugeflossenen Mitteln — eine Villa zu kaufen beabsichtigt.

Der voreilige Biertimpel.

In der gestrigen Sitzung der Studentenvertretung der Berliner Universität wurde gegen die sozialistischen Stimmen wieder einmal ein Mißtrauensvotum gegen den Kultusminister Haenisch ausgesprochen, weil er in einem Zeitungsaufsatz von den „Marburger Mordbuben" gesprochen habe. Die Antragsteller erlebten eine kleine Enttäuschung, denn da sie nicht einmal imstande waren, den betreffenden Zeitungsartikel vorzulegen, mußte die Angelegenheit vertagt werden. Wenn die Mißtrauensvoten seitens dieser jungen Herren weiter auf unseren Genossen Haenisch herniedersausen, so fürchten wir, daß die Stellung des Genossen Haenisch ernstlich erschüttert wird. Er sollte sich die Sache lieber einmal überlegen und in das Lager des Herrn Biertimpel übergehen.

Dieser hatte gestern seinen schwarzen Tag. In der unverkennbaren Absicht, die Studentenvertretung vor eine unabänderliche Tatsache zu stellen, hatte er mit seinen Gesinnungsgenossen Deite und Heider schon vor der Sitzung eine Benachrichtigung an sämtliche Hochschulen abgesandt, daß die Berliner Studentenschaft ihr Mißtrauen gegen den Minister Haenisch ausspreche, seine Ersetzung durch einen Fachmann verlange und daß ein entsprechender Beschluß in der Sitzung angenommen werden würde. Für diese Voreiligkeit wurde Herr Biertimpel bestraft. Sein und seiner beiden Kollegen Verhalten wurde mit 33 gegen 16 Stimmen bei 29 Enthaltungen gemißbilligt. Auch Herr Biertimpel sollte sich durch einen Fachmann ersetzen lassen.

Neue Kahr-Regierung in Bayern.

München, 16. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtags fand zunächst die Wahl des Ministerpräsidenten statt. Es wurde bei 146 abgegebenen Stimmen der bisherige Ministerpräsident Dr. v. Kahr mit 100 Stimmen wiedergewählt. 43 Zettel waren unbeschrieben. Nach kurzer Pause erklärte sich der neugewählte Ministerpräsident bereit, die Wahl anzunehmen und gab die neue Ministerliste bekannt, die zwischen den Koalitionsparteien vereinbart war.

Hiernach übernimmt das Ministerium des Aeußern und das Ministerium des Innern der Ministerpräsident, das Kultusministerium Regierungsrat Matt (bayer. Vp.), das Justizministerium Regierungsrat Dr. Roth (Mittelpartei), das Finanzministerium Dr. Krausneck (Bayerische Volkspartei), das Ministerium für soziale Fürsorge Oswald (Bayerische Volkspartei), das Landwirtschaftsministerium Wutzlhofer (Bauernbund) und das Handelsministerium Hamm (Demokrat). Alsdann verbreitete sich der Ministerpräsident in einer längeren Rede über die Leitsätze, die zwischen der Staatsregierung und den Koalitionsparteien für die Durchführung der Staatsgeschäfte festgelegt waren und betonte dabei besonders das Festhalten der Staatsregierung an der Einheit des Reiches. Wir wollen sein und bleiben ein einig deutsches Volk und unser großes deutsches Vaterland in seiner schwersten Not erst recht in Liebe und Treue umfassen. Wir wünschen aber keinen extrem unitarischen, sondern einen föderalistischen Aufbau des Reiches, aber nicht in dem Sinne eines engherzigen Partikularismus, der nur an sich denkt oder im Sinne einseitiger Reservatrechtspolitik, sondern im Sinne einer freien auf das große gehenden Einigung. Zum Schluß kam der Ministerpräsident auf die Verhandlungen in Spa zu sprechen. Diese zeigten zu jeder Stunde, daß der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens fast ausschließlich vom fremden Willen abhängt. Wie lange auch diese niederdrückenden Verhältnisse dauern mögen, in keinem Augenblick können sie uns irre machen in unserem Willen, die ganze Kraft einzusetzen für unser deutsches Vaterland, mit dem wir die stolze Vergangenheit geteilt haben, mit den wir treu und verbrüchlich auch in schweren Tagen zusammenarbeiten wollen zur Wiederherbeiführung einer wenn auch noch fernliegenden, so doch sicher zu erhoffenden besseren Zukunft.

Die gebilligte Fraktionshaltung.

Frankfurt a. M., 16. Juli. (T. U.) In einer Versammlung der Funktionäre der sozialdemokratischen Groß-Frankfurter Parteiorganisation wurde nach einem Referat des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Kaiser eine Resolution angenommen, welche die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Regierungsbildung billigt und die ablehnende Haltung gegenüber der Deutschen Volkspartei begrüßt, die nach dem Ausgang der Reichstagswahlen die gegebene war. Eine Opposition um jeden Preis, wie sie die Unabhängigen belieben, dürfe die Sozialdemokratie aber nicht betreiben. Ihre Mitarbeit an allen Gesetzen, die im Interesse des arbeitenden Volkes liegen, sei unbedingt geboten. Als stärkste Partei des Reichstages, auch wenn sie außerhalb der Regierung stehe, dürfe sie sich niemals auf das Gebiet unfruchtbarer Negation begeben.

Der Streik in Golpa.

Die Lage in Bitterfeld hat sich noch nicht geändert. Die Verhandlungen werden zur Stunde in Berlin mit dem Reichswirtschafts- und zum Teil mit dem Reichsernährungsministerium geführt. Außerdem finden Konferenzen in Halle und Bitterfeld statt. Man hofft in Kreisen der Arbeitnehmer,

---

Die öffentlichen Verleumder.

Von Gottfried Keller.

Ein Ungeziefer ruht
In Staub und trock'nem Schlamme
Verborgen wie die Flamme
In leichter Asche tut.
Ein Regen, Windeshauch
Erweckt das schlimme Leben,
Und aus dem Nichts erheben
Sich Seuchen, Glut und Rauch.

Aus dunkler Höhle fährt
Ein Schächer, um zu schweifen;
Nach Beuteln möcht' er greifen
Und findet bessern Wert:
Er findet einen Streit
Um nichts, ein irres Wissen,
Ein Banner, das zerrissen,
Ein Volk in Blödigkeit.

Er findet, wo er geht,
Die Leere dürft'ger Zeiten,
Da kann er schamlos schreiten,
Nun wird er ein Prophet;
Auf einen Kehricht stellt
Er seine Schelmenfütze
Und zischelt seine Grütze
In die verblüffte Welt.

Gehüllt in Niedertracht
Gleichwie in einer Wolke,
Ein Lügner vor dem Volke,
Ragt bald er groß an Macht.
Mit seiner Heller Zahl,
Die hoch und niedrig stehend,
Gelegenheit erspähend,
Sich bieten seiner Wahl.

Sie teilen aus sein Wort,
Wie einst die Gottesboten
Getan mit den fünf Broten,
Das fleckt fort und fort!
Erst log allein der Hund,
Nun lügen ihrer tausend;
Und wie ein Sturm erbrausend,
So wuchert jetzt sein Pfund.

Hoch schießt empor die Saat,
Verwandelt sind die Lande,
Die Menge lebt in Schande
Und lacht der Schofeliat.
Jetzt hat sich auch erwahrt,
Was erstlich war erfunden:
Die Guten sind verschwunden,
Die Schlechten steh'n geschart!

Wenn einstmals diese Not
Lang wie ein Eis gebrochen,
Dann wird davon gesprochen,
Wie von dem schwarzen Tod;
Und einen Strohmann bau'n
Die Kinder auf der Heide,
Zu brennen Lust aus Leide
Und Licht aus altem Grau'n.

Max Klinger und die Jungen. Zum Tode Klingers sind auf der ersten Seite des neuen Heftes von Hans Reimanns Leipziger „Drachen" diese Worte Max Schwimmers zu lesen:

Ein Mensch, von dem ich überzeugt bin, daß er ein großer Künstler war, ist abseits vom kunstarmen Leipzig gestorben. Wir verlieren in ihm den einzigen Leipziger Künstler der vor uns schaffenden Generation. Eine Sehnsucht ist mit ihm verglüht. Ein großer Einsamer, ein Kämpfer um das ewig Schöne, ein vom Renaissance-Willen durchgluteter Titan ist nicht mehr. Seine Werke bestehen. Wir Jungen lieben in Klinger den von inbrünstiger Sehnsucht erfüllten Künstler. Auch in uns ist Sehnsucht. Doch kämpfen wir nicht mehr um das Ewig-Schöne, sondern um das Ewig-Wahre, das Ewig-Lebendige. Jeder neue Pinselhieb, jeder neue Strich, jede neu gekratzte Furche in die Kupferplatte peitscht Morgenrot herauf. Wir wollen unserer Zeit ihr Gesicht geben. Gemeinsames Sehnen verbindet uns mit Klinger. Darum haben wir Jungen, wir von kunstarmen und kunstfeindlichen Mitmenschen viel Verlästerten und Angefeindeten, ein Recht, uns an Max Klinger zu entflammen. Künstlerische Gesinnung und Qualität stehen über allem Streit der Richtungen. Max Klinger, Künstler Gottes, wir beklagen deinen Tod. Wir glauben an das Unvergängliche deiner Werke. Und wir verwahren uns gegen die Pest und gegen die Heuchelbrut derer, die sich aus Konjunktur-Erwägungen heraus an die Rockschöße Klingers hängen. Und wir verachten die Kunstschmarotzer und das übrige Gesindel, das um die Kunst herumsteht oder mit feilen Zungen den Meister zu zerschwatzen sucht.

Habt Mitleid mit ihnen! „Habt Mitleid mit ihnen!" nämlich mit den neuen Reichen von Kriegsgewinns Gnaden. Die frischgebackenen Reichen, sie sind alle stramm rechts orientiert, wissen doch, was sich schickt, und in Anlehnung an die Tradition des alten Obrigkeitsstaates müssen sie repräsentieren. Folglich müssen sie sich auch der Reitkunst zum Opfer bringen. Dieses Opfer ist wirklich von erhabener Größe, aber es muß gebracht werden, denn sie sind es ihrer Stellung schuldig.

Sie betrachten das Pferd als ein Etwas, das nur dazu da ist, um sie zu schlagen, sie zu beißen und sie abzuwerfen. Und sie denken, wenn das Pferd auch gerade kein Fleischfresser ist, so ist seine Beißfähigkeit doch immerhin bedenklich. Wie tüchtig kann zum Beispiel schon ein Kaninchen beißen. Hier in Berlin (und wir haben eine nette Sammlung von Kriegsgewinnern) verlegen sie ihr „Repräsentierenmüssen zu Pferde" meistens in den Tiergarten. Eigene Anmaßung führt immer zur Niederlage, und so begeben sie sich gerade dorthin, wo man wahre Reitkunst zu sehen bekommt. Sie hocken daselbst auf ihren Gäulen wie das zu Fleisch und Blut gewordene Elend, sie haben einen Vorgeschmack der Hölle, sie erleben das Fegefeuer bereits am lebendigen Leibe.

Erstens: Kriegsgewinners Gattin. Es gehört unzweifelhaft zum guten Ton, sich als Amazone zu zeigen. Der Bereiter hat Mitleid mit dem Gaul und sagt ein über das andere Mal, die gnädige Frau müsse unbedingt englisch traben, 1, 2, 3. Aber dazu gehört ein langer Bügel, und den läßt ihre Angst nicht zu; ihr Bügel ist kurzgeschnallt, sie kann sich nicht heben und fällt (sie reitet Damensattel) 1, 2, 3, mit Medisackeleganz dem Gaul auf den Rücken. Die schwarze Stute (es ist todsicher ein Ableger von einem Nilpferd) sieht schon aus wie ein halbeingesessenes Sofa. Der Stummelschwanz, weit schneller in Bewegung als die Beine, gewährt einen Blick tief in das Dekolleté. — — — So repräsentiert Kriegsgewinners Gattin, dem Pferde und sich selbst zur Qual, aber andern zur Belustigung, die ergaunerten Millionen.

Zweitens: Sie soll sich einen Mann erreiten. Ihr Papa handelt mit allem. Jetzt möchte er auch mit seiner Tochter handeln, denn die Konjunktur ist selten günstig. Er hat Umgang in den feinsten Kreisen, er verkehrt in so vielen geheimen Spielklubs, und mit einem fürstlichen Getreideschieber duzt er sich sogar: da wird sich schon irgendein ramponiertes Adelsschild finden, das die Mitgift seiner Tochter vergolden kann. Die soll sich nun einen Mann erreiten. Sie muß eine gute Figur abgeben, das taten die hohen und höchsten Herrschaften auch stets, — so war doch immer in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen. Das arme Mädel ist schlimm daran, sie hat ihr Korsett so eng geschnürt, daß bereits alle Stangen angeknarzt sind, sie hat sich schon doppelte Schweißblätter in das Reitkleid nähen lassen, sie klammert sich am Gaul fest, und da der zufällig keine Mähne hat, hängt sie so im linken Zügel, daß man meint, das bedauernswerte Pferd habe den Dummkoller.

Drittens: Der Schimmelreiter. Er trägt einen roten Rock, denn er weiß (trotz der allgemeinen Sittenverrohung) was sich ziemt, und so half er einem leibhaftigen Grafen aus der Klemme, damit der seiner, ach, so veränderungsbedürftigen Schönen ein Paar Goldläferschuhe, ein Stück echte französische Toilettenseife und das neueste Parfüm kaufen konnte. Er gab dem Grafen einen Batzen Geld und bekam dafür den roten Rock. Sein Gesicht aber ist röter als der rote Rock. Er nimmt es seinem Pferd beinahe übel, wenn es einen Schritt vorwärts geht. Er wählt, wenn er sich zeigen will, den gemütlichsten Zuckel-, den allerzahmsten Backfisch-

daß noch heute eine Einigung zustande kommt. Das ist auch um so wahrscheinlicher, als die Gewerkschaftskommission, bei der fortlaufend Meldungen über Arbeiterentlassungen in den Berliner Betrieben einlaufen, sich ins Mittel gelegt hat.

Augenblicklich finden in Halle Besprechungen über die Forderungen der Grubenarbeiter bezüglich der Naturalzuschüsse statt. Entsprechend dem Vorgehen der Arbeiter im Ruhrrevier wollen die mitteldeutschen Bergleute Ueberschichten gegen Lebensmittel verfahren.

Die Situation ist für Berlin nach wie vor ernst. Solange keine Stockungen in der Kohlenzufuhr eintreten, dürfte sich die Stromerzeugung in den Städtischen Werken auf der bisherigen Höhe halten.

Deutsche Volkspartei und Spa.

Ein Berliner Lokalblatt hatte gemeldet, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschlossen habe, ihre Vertreter aus der Regierung zurückzuziehen. Diese Meldung ist nicht richtig. Fraktion und Geschäftsführender Ausschuß der Deutschen Volkspartei treten erst nach der Rückkehr der Delegation aus Spa wieder zusammen.

Das Waffenstillstandsangebot an Rußland.

Amsterdam, 16. Juli. Der Korrespondent der „Times" in Spa meldet: Wie berichtet wird, hat Moskau die Bedingungen Lloyd Georges, betreffend einen Waffenstillstand, mit einer Ausnahme angenommen; die Sowjetregierung schlägt nämlich vor, daß die angeregte Konferenz nicht in London, sondern in Brest-Litowsk abgehalten wird.

Amsterdam, 16. Juli. Die „Times" melden, daß General Wrangel auf die Nachricht von der englischen Waffenstillstandsanerkennung erklärte, er weigere sich bestimmt, die Krim zu räumen und die Bevölkerung der Herrschaft der Bolschewisten auszuliefern.

•

Kowno, 15. Juli. (Litauische Telegraphenagentur.) Südlich von Meischagola stießen litauische Truppen auf ihrem Vormarsch auf eine polnische Brigade, die sich auf dem Rückzuge von der Front befand, und entwaffneten sie. Große Beute an Kriegsmaterial ist den Litauern in die Hände gefallen. Die litauischen Truppen stehen vor den Toren Wilnas. Man meldet, daß die Bolschewisten östlich von Wilna sich nahe an die Stadt herangeschoben haben. Wilna selbst ist von den Polen vollständig geräumt.

Die Grenzen Litauens.

Kowno, 15. Juli. (Litauische Telegraphenagentur.) Der Friedensvertrag zwischen Litauen und Rußland setzt ungefähr folgende Grenzlinie fest: Von der Düna über den Driswiatasee, Naroczsee nach Molodetschno, die Beresina entlang, nach Westen zum Memel, den Memel entlang über Grodno in die Gegend von Augustowo, nördlich von Augustowo zur deutschen Grenze. Litauen wird auch Grodno und Lyda erhalten.

Die Bolschewisten in Wilna.

Kowno, 16. Juli. (Litauische Telegraphenagentur.) Die Bolschewisten haben Wilna besetzt und sind bis in die Gegend von Landwarowo vorgerückt, wo sie auf die litauische Armee stießen. Die Polen ziehen sich in der Richtung auf Varana und Grodno zurück. Zur Freigabe der Stadt Wilna an die Litauer sind von den zuständigen Behörden diplomatische Schritte eingeleitet worden.

Neue Schwierigkeiten in Oesterreich.

Wien, 16. Juli. (TU.) In der gestrigen Sitzung des Kabinettsrates legten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder Verwahrung gegen das Getreidebewirtschaftungsgesetz ein, das mehrfache Widersprüche aufweist, und forderten die Rückverweisung an die Nationalversammlung. Sollte diesem Wunsche nicht entsprochen werden, so wollen die Sozialdemokraten, wie der „Telegraphen-Union" berichtet wird, bei der Beratung der Vermögensabgabe in die Opposition gehen. Gegenwärtig schweben Verhandlungen, um die drohende Krisis abzuwenden.

---

galopp und macht dabei runde Kulleraugen vor Angst, in denen deutlich geschrieben steht: „Donnerwetter, geht das schnell!"

Viertens: Der Herr Rennstallbesitzer von Uebermorgen. Einstweilen verschickt er noch die bewußten Telegramme und informiert hohe Vetter. Aber er steht schon in Unterhandlungen, und bald wird er Rennpferde sein eigen nennen. Er will sich aber auch Turnierpferde halten und selbst an Springkonkurrenzen teilnehmen. Dieserhalb übt er bereits fleißig. Sein schnittiger Fuchs drängt nach jedem Sprung. Sieht der Herr den Sprung von weitem, dann hat er Kurage, aber kurz vor dem Sprung stoppt er ab. Der Fuchs legt sich energisch aufs Gebiß und sagt bei sich: „Du Individuum da oben, wenn ich das unter einem Reiter getan hätte, hätte ich schon lange Keile gekriegt." Das Manöver wiederholt sich mehrere Male. Der Gaul guckt sich um: „Du Individuum da oben, ich habe oft knuffige Dinger gesprungen, ich bin sicher." Schließlich klettert der Fuchs einfach über einen Sprung und sagt: „Du Individuum da unten, in der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen" und rennt schnurstracks nach dem Tattersall.

Ja, ja, habt Mitleid mit ihnen, den Reichen von Kriegsgewinns Gnaden, sie müssen Angst aus allen Poren schwitzen, sie müssen sich braune und blaue Flecke fallen, nur damit sie Euch Armen im Geiste und in geldlicher Not ihre gehobene Lebenshaltung vorführen können.

Erna Büsing.

Die materialistische Geschichtsauffassung heißt die neue von der Kant-Gesellschaft gestellte Preisaufgabe. Die näheren Bestimmungen versendet Prof. Dr. Artur Liebert, Berlin W 15, Fasanenstr. 48.

Eine kommunalpolitische Ausstellung soll am 1. Oktober im Schöneberger Rathaus eröffnet werden. Sie wird eine Abteilung Alt-Schöneberg enthalten. Vorsitzender der Ausstellungskommission ist Hans Baluschek.

Der Kampf gegen die Tuberkulose. Für Angabe eines neuen Verfahrens zur Desinfektion des Auswurfs von Tuberkulösen wird vom Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose ein Preis von 5000 M. ausgesetzt. Die Arbeiten sind bis zum 31. März 1921 einzusenden. Reichsstelle des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 7.

Der Streit Gustav Lindemanns mit dem Verein Düsseldorfer Presse, der mit einem tätlichen Angriff Lindemanns als Direktor des Düsseldorfer Schauspielhauses auf einen Kritiker begann, ist jetzt durch ein Entschuldigungsschreiben Lindemanns zu Ende gebracht worden. Der Verein Düsseldorfer Presse gibt nunmehr den seinerzeit verhängten Boykott der Vorstellungen Lindemanns auf, der neulich sofort wieder eingesetzt hatte, als Lindemann das Schauspielhaus wieder übernahm.

Filmliga. Im Meistersaal liest Lupu Pick am 21. Juli cr., abends 8 Uhr, das Filmmanuskript „Der Dummkopf" (nach dem Bühnenstück von Fulda bearbeitet) vor.

Für den besten Versuch, die Einstein-Theorie in 3000 Worten zu erklären, setzt der New Yorker „Scientific American" einen Preis von 5000 Dollar aus.

Friedrich Moest liest am Sonnabend, abends 7½ Uhr, im Saal der Reicherschen Hochschule, Fasanenstr. [illegible], kleine Geschichten von Thomas Mann, Erich Schlaikjer, Wilhelm Schmidtbonn, Hermann Harry Schmitz und — erstmals — Heinrich Wolfgang Seidel.

Amerikas dritte Partei.

Chikago, 15. Juli. Die neue Partei, welche Bauern- und Arbeiterpartei genannt wird, hat den Advokaten Parley Christensen (Salt Lake City) als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Außer Christensen waren u. a. Henry Ford und Eugen Debs als Kandidaten vorgeschlagen worden.

Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 16. Juli. Der Kriegsminister Lefèbre wird in der nächsten Zeit der Kammer einen Entwurf vorlegen betreffend die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit. Das Aufgebot soll am 1. April desjenigen Jahres erfolgen, in dem die jungen Leute 21 Jahre alt werden. Die Dauer der Dienstzeit soll sich auf 30 Jahre ausdehnen, und zwar 2 Jahre aktiv, 18 Jahre in der Reserve und 10 Jahre beim Landsturm. Der Jahrgang 1919 wird noch drei Jahre dienen, aber für die folgenden Jahre soll die zweijährige Dienstzeit durchgeführt werden.

Die serbisch-italienischen Unruhen.

Spalato, 15. Juli. (Südslawisches Preßbureau.) Der amerikanische Admiral hat den Befehl gegeben, daß alle im Adriatischen Meere kreuzenden amerikanischen Schiffe nach Spalato zu fahren haben. Heute sind das Schlachtschiff Olympia und ein Kreuzer hier eingetroffen. Gestern wurde die Blockade von Spalato aufgehoben.

Belgrad, 15. Juli. Nach einer Meldung des Südslawischen Preßbureaus aus Triest berichten die Blätter, daß außer den Filialen zweier Banken noch viele andere slawische Institute verwüstet und 25 Personen verletzt worden sind. Der Schaden, den die Jugoslawen in Triest erlitten haben, beziffert sich auf ungefähr 50 Millionen Kronen. Gestern herrschte in der Stadt Ruhe, doch patrouillierten durch die Straßen größere Trupps, aus Zivilisten und Arditi bestehend, die jeden Jugoslawen, den sie antrafen, schwer mißhandelten und arretierten. In Pola und anderen Städten, besonders in Fiume, fanden große Demonstrationen statt, wobei jugoslawische Vereinshäuser niedergebrannt wurden, in Fiume außerdem 5 Segelschiffe, die im Hafen lagen.

Die Revolution in Bolivien.

Santiago, 16. Juli. (Holländisch Nieuwsbüro.) Die Revolutionäre in Lapaz verlangen, daß der Distrikt, der 1904 an Chile abgetreten wurde, an Bolivien zurückgegeben wird. Drei chilenische Regimenter werden nach der Grenze geschickt. Diese Truppen sind aber angewiesen, keinerlei Konflikt heraufzubeschwören, sondern sollen nur die Grenze gegen etwaige Angriffe verteidigen.

Groß-Berlin

Funktionärkonferenz des Vereins Arbeiterjugend.

Auf der gut besuchten Funktionärkonferenz des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin referierte Genosse Rüdiger über das Thema: Was lehrt der Jugend die Reichstagswahl? Er führte aus, daß die Jugend trotz aller Verfolgungen und Schikanen der Behörden in früheren Jahren, es immer verstanden hat, sich fest zusammenzuschließen, um in die Gedankenwelt des Sozialismus einzudringen. Als dann der Staat, der stets mit allen Mitteln versucht hatte, Bildung und Wissen von der proletarischen Jugend fernzuhalten, am 9. November 1918 zusammenbrach, da hoffte auch die Jugend, nun mehr Licht, mehr Luft und Sonne sich erkämpft zu haben. Doch die Hoffnungen erfüllten sich nicht.

Wohl stand auch der Achtstundentag für die Jugend auf dem Papier, doch in Tausenden von Fällen wurden all die gesetzlichen Bestimmungen besonders von den Kleinmeistern nicht beachtet. Sollen unsere Forderungen verwirklicht werden, dann werden alle Schlafenden und Lauen aufgerüttelt, dann wird die Jugend ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen müssen. Notwendig wird dabei die intensivste politische Aufklärung sein. Wir müssen die Jugend zur Erkenntnis ihrer Klassenlage bringen, wir müssen sie erkennen lassen, daß nur durch die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft die Klassenlage der Jugend verbessert werden kann. In diesem Kampfe steht die Jugend Schulter an Schulter mit der erwachsenen Arbeiterschaft.

Beklagenswert ist es, daß unsere Brüder von links es auch heute noch ablehnen, mit uns gemeinsam für gemeinsame Forderungen zu kämpfen und daß sie nur in der Beschimpfung und Verdächtigung unserer Bewegung ihre Aufgaben erblicken. Gerade die Reichstagswahlen haben erkennen lassen, wie verhängnisvoll die Zersplitterung der Arbeiterschaft ist. Der Einfluß der Sozialisten ist im neuen Reichstag noch geringer als in der Nationalversammlung, und wir erwarten von dem Reichstag nicht das Geringste.

Unsere Aufgabe kann es nur sein, dafür zu sorgen, daß die neue Generation gereifter und mit größerem Wissen ausgerüstet an ihre Aufgabe geht. —Mit einem Aufruf zu neuem Schaffen schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der Diskussion kam der ganze Abscheu der Jugend gegen den Wahnwitz des Krieges zum Ausdruck. Nie wieder soll ein derart verbrecherischer Anschlag auf die Menschheit verübt werden. Ernst und fest kommt dies Gelöbnis von den Lippen der Jugend. Um dies aber zu erreichen und um die Wege zum Sozialismus zu ebnen, fordert fast jeder Redner den umfassendsten Ausbau der Bildungsarbeit.

Im Schlußwort betont Genosse Rüdiger, daß anscheinend die Schikanen von seiten der bürgerlichen Regierung bereits beginnen. Der Staatsanwalt beschäftige sich mit der Broschüre gegen den Deutschnationalen Jugendbund, versuche Verfasser und Verleger habhaft zu werden (Stürmische Pfui-Rufe). Wir werden uns aber auch hier durchzusetzen wissen, wenn die Jugend geschlossen dagegen Protest erhebt. (Beifall.) Zum Schluß spricht der Redner über die Bildungsarbeit und ruft der Jugend zu, sich das Wort vom alten Liebknecht zu eigen zu machen: Wissen ist Macht und Bildung macht frei.

Eine Resolution, die auffordert, den geraden Weg zu unserm Ziel trotz aller Anfeindungen von rechts und links zu verfolgen, wird angenommen. Einstimmig angenommen wird ein Antrag, der Ausbau der Bildungsarbeit fordert und weiter beschließen, an der Friedenskundgebung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer am 1. August im Lustgarten teilzunehmen, desgleichen zwei weitere Anträge, die die Partei ersuchen, einen 10-Pf.-Pflichtbeitrag für die Jugend zu erheben und in den einzelnen Abteilungen Referate über die Jugendbewegung halten zu lassen.

Mit einem Hoch auf die Jugendorganisation ging die Konferenz auseinander.

Der Flaggendieb verhaftet.

Der Kriminalpolizei gelang es heute vormittag 11 Uhr, in der Wohnung seiner Eltern den Schlosserlehrling Paul Karzeminski aus Steglitz zu verhaften, der am 14. Juli die französische Trikolore vom Botschaftsgebäude herabholte. Er ist dem Berliner Polizeipräsidium zugeführt worden.

Zur Genugtuung für die Entfernung der französischen Flagge von dem Dach der Botschaft auf dem Pariser Platz hatten die Franzosen verlangt, daß eine Kompagnie Reichswehr vor der wieder gehißten Flagge grüßend defilieren sollte. Diesem militärischen Wunsch wurde heute mittag ein Uhr durch die entsprechende Zeremonie Genüge geleistet, womit diese ganze von ein paar Lausejunge eingefädelte Affäre stilgerecht beendet worden ist.

Winterbeihilfen für Angehörige Vermißter.

Die während der Wintermonate den bedürftigen Kriegshinterbliebenen gezahlten Beihilfen konnten nach den bisherigen Bestimmungen den Angehörigen von Vermißten nur gewährt werden, wenn diese bereits Vorschüsse auf ihre Versorgungsgebührnisse bezieben. Nach einem neuen Erlaß des Reichsarbeitsministeriums soll die Beihilfe nachträglich auch solchen Angehörigen Vermißter gewährt werden, die noch Familienunterstützung erhalten. Ausgenommen sind die Angehörigen der nach dem 3. März 1919 Vermißten, da diese auf Grund eines Erlasses des Reichsministers des Innern eine Beschaffungsbeihilfe erhalten haben. Die Anträge auf Nachzahlung der Winterbeihilfe sind schleunigst an die zuständige amtliche Fürsorgestelle zu richten.

Fahrpreisermäßigung für bedürftige Stadtkinder.

Eine bedeutende Fahrpreisermäßigung ist jetzt für den ganzen Bereich der deutschen Reichseisenbahnen den hilfsbedürftigen Stadtkindern bewilligt worden, die zur vorübergehenden Unterbringung auf das Land oder nach dem Ausland befördert werden. Bei Benutzung der 3. Wagenklasse der Eil- oder Personenzüge wird der Fahrpreis auf den vierten Teil des regelrechten Fahrpreises 4. Klasse ermäßigt. Dies gilt auch für die Begleitpersonen, die zur Aufsicht beigegeben werden. Bei Kindern im Alter unter 10 Jahren werden 2 Kinder als eine Person gerechnet. Ein einzelnes Kind unter 10 Jahren hat ein Viertel des Fahrpreises 4. Klasse ohne weitere Ermäßigung zu zahlen. Die Abfertigung erfolgt auch für Kinder in geringer Zahl und bei der Rückreise einer Begleitperson sowie für die Hinreise von der Abgangsstation zur Abholung der Kinder mit Beförderungsschein. Wird ausnahmsweise bei besonders schwächlichen oder erkrankten Kindern die Schnellzugsbenutzung gewährt, so wird der Schnellzugzuschlag erhoben. Für die Reise nach Schweden und Norwegen wird auf der Fährstrecke Saßnitz-Hafen bis zur Mitte der See auf dem zweiten Platz nur der achte Teil des Fahrpreises Saßnitz—Trälleborg 3. Klasse erhoben.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

In der Berliner Universität dürfen fortab keine politischen Versammlungen mehr abgehalten werden. Etwaige Anträge auf Genehmigung werden ohne Ausnahme zurückgewiesen. Diese Anordnung ist, wie Prof. Eduard Meyer einer diesbezüglichen Verordnung hinzufügt, „durch die Art, wie das vertrauensvolle Entgegenkommen des Rektors wiederholt in unverantwortlicher Weise gemißbraucht worden ist, unumgänglich geworden".

Und wer hat den Mißbrauch getrieben? Jene deutschnationalen Radaubrüder, die jeden, der anderer Meinung war niederbrüllten und am französischen Nationalfeiertag vor der französischen Botschaft bis in die späte Nacht spektakelten.

Die polnische Regierung hat vom 1. Juli ab die militärische Zensur sämtlicher in Deutschland eingelieferten und nach Polen gerichteten sowie aller nach Deutschland abgehenden Briefsendungen angeordnet. In Westpolen hat sie zunächst drei Zensurstellen — in Posen, Bromberg und Thorn — eingerichtet. Erhebliche Ueberkunftsverzögerungen im deutsch-polnischen Briefversendungsverkehr werden infolge der Zensurdurchführung unausbleiblich sein.

Neukölln. Seife für Schwerkriegsbeschädigte. Kriegsbeschädigte mit 50 Proz. Erwerbsbeschränkung und darüber erhalten wieder je 2 Stück Feinseife zum Preise von 8,20 M. pro Stück. Der Verkauf findet täglich außer Sonnabend vormittags von 9 bis 12 Uhr in der Wirtschaftsstelle des Kriegsfürsorgeamtes, Rathaus, Zimmer 249 a, statt. Rentenbescheid bzw. Rentenbuch ist mitzubringen. — Die Wirtschaftsstelle des Kriegsfürsorgeamtes hat einen größeren Posten getragener amerikanischer Gummimäntel zum Preise von 105 und 181,25 M. zu vergeben. Der Verkauf findet vormittags von 9 bis 12 Uhr im Rathaus, Zimmer 249 a, statt. Berücksichtigung finden alle Kriegsbeschädigte ohne Rücksicht auf die Erwerbsbeschränkung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. 250 Gramm Haferflocken (35/36).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Heimattreue Oberschlesier, Ortsgruppe Norden II. Dienstag 7 Uhr im großen Saale der Bockbrauerei, Berlin N, Chausseestr. 64, außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Landsleute werden gebeten, in ihrem Besitz befindliche Tauf-, Geburts- oder Heiratsurkunden mitzubringen und daselbst gegen Quittung abzugeben. Sonnabend, 24. Juli, in den Gesamträumen des Walhalla-Etablissements, Weinbergsweg 18/19, Oberschlesisches Volksfest unter Mitwirkung hervorragender Künstler. Anfang 4 Uhr. Eintritt Erwachsene 2,20 M. Kinder frei. Vorverkauf in der Mitgliederversammlung, Geschäftsstelle, und den durch Plakate kenntlich gemachten Annahmestellen.

Wirtschaft

Zur Umstellung der Reichsbetriebe.

Unter Bezugnahme auf den Artikel „Deutsche Werke A. G." im „Vorwärts" Nr. 348 erhalten wir von fachmännischer Seite folgende Einsendung:

Es erscheint wenig Erfolg versprechend, wenn man Artikel sucht und fabriziert, die geeignet sind, mit der Privatindustrie auf dem freien Markt in Wettbewerb zu treten. Eine solche Geschäftsmethode eignet sich nicht für staatliche Werke. Sie bedingt einen großzügigen und kostspieligen Propaganda- und Verkaufsapparat, rasche Entschluß- und leichte Anpassungsfähigkeit, Einrichtungen und Eigenschaften, die den Reichsbetrieben ermangeln. Die zahlungsfähigen, privatkapitalistischen Abnehmer werden aus naheliegenden Gründen Erzeugnisse gemeinwirtschaftlicher Betriebe zu boykottieren suchen, während die weniger zahlungsfähige Kundschaft nur dann Abnehmer wird, wenn das Rw. billigere Preise und günstigere Zahlungsbedingungen bietet. Geschieht die Umstellung in der Richtung, daß das Rw. sich zum Hauptlieferanten der Staats- und Gemeindebetriebe macht, so erscheint der Wiederaufbau gesichert. Die Staats- und Gemeindebetriebe sind die größten Auftraggeber im Staat. Man betrachte daraufhin zunächst das Eisenbahnwesen. Wieviel Schlosser- und Schmiedeartikel verlangt allein der Streckenbau, wieviel Tischlereiartikel die Bahnstationen! Bei dem Lokomotiven- und Waggonbau gibt es viele Zubehörteile, die die Lokomotiven- und Waggonfabriken nicht selbst herstellen. Was steht im Wege, wenn das Rw. für die neuen Eisenbahnbestellungen einen Teil seiner

Metallwarenwerkstätten für den Bau von Waggonbeleuchtungs- und Heizungsanlagen umstellt, und sich das Recht sichert, eventuell durch Zwangslizenz, zur Herstellung von Eisenbahnbremsen? Im Post- und Telegraphenbetrieb gibt es Teile, die in Millionen Stücken gebraucht werden und die sich vorzüglich für eine Massenfabrikation des Rw. eignen. Das gleiche gilt für den Bedarf der Staatswerften, der Hafen- und Wasserbauverwaltungen. Die Holzbearbeitungswerkstätten hätten durch den Umbau der Waren aus den Heeresbeständen für die Land- und Forstwirtschaft und die Bedarfsdeckung der Staats- und Gemeindebeamter an Bureaumöbeln Arbeit, sowie an sonstigen Holzwarenerzeugnissen für Schulen, öffentlichen Gebäuden und dergleichen.

Es ist hiernach wohl ohne weiteres klar und bedarf keiner eingehenden Erläuterung, daß die Reichsleitung alles unterstützen müßte, was geeignet ist, das Rw. so zu stellen, daß es sich selbst erhalten kann. Vom kaufmännischen und technischen Standpunkt aus betrachtet ist die Warenproduktion für den Staat das allein Gegebene, weil sie das geringste Risiko bietet und den technischen Einrichtungen des Werkes die größten Ausnutzungsmöglichkeiten sichert.

An Hand von Fragebogen haben die staatlichen Betriebsleitungen ihren Bedarf an Maschinen, Apparaten, Werkzeugen, Holz-, Metall- und Eisenartikeln anzugeben.

Die Rw.-Artikel dürfen natürlich den Marktpreis nicht überschreiten. Das wird der Fall sein, weil der Teil der Unkosten, den die Privatunternehmungen für Vertreter, Zwischenhändler, Reklame usw. aufzubringen haben, bei dem Rw., das direkt mit den Behörden arbeitet, fortfällt. Auch ein Anlaß, daß der Aufwand für Lohn und Material ein höherer sein wird, darf bei technisch richtiger Betriebsweise nicht vorkommen.

Ein umfangreiches Fabrikationsgebiet könnte auch durch die Aufnahme der durch den Normenausschuß der deutschen Industrie normalisierten Teile zu erreichen sein. Diese Artikel, die gewissermaßen als Bestandteile betrachtet werden, die gesetzlich anerkannte Formen und Maße haben müssen, werden auch von privaten Werken vom Rw. bezogen werden, besonders wenn sie für staatliche Aufträge Verwendung finden sollen.

Bekanntlich wird in der Industrie der Erfolg wesentlich beeinflußt durch die persönlichen Beziehungen, die das betreffende Werk sich mit dem Abnehmerkreis zu verschaffen versteht. Zu diesem Zweck sind Bureaus einzurichten, die nach Fachgebieten der Abnehmerstellen gesondert geleitet werden; z. B. Bureau für „Eisenbahnwesen", für „Postwesen", für „Hafen- und Wasserbau", für „Hoch- und Tiefbau", für „Heer und Marine", für „kommunale Betriebe" usw. wären einzurichten. In diese Bureaus gehören Leute, die das betreffende Fachgebiet kennen und neben guten technischen und kaufmännischen Kenntnissen auch akquisitorisch befähigt sind. Sie müssen den auftragebenden Behörden gegenüber als Sachverständige des Rw. auftreten können. Ein umfangreiches Absatzgebiet dürfte die sozialisierte Elektrizitätswirtschaft abgeben. Das gleiche gilt auch für den Bedarf kommunalisierter Straßenbahnbetriebe."

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dem geradezu skandalösen Zustand des Boykotts der Deutschen Werke A.-G. seitens der anderen Reichs- und Staatsbetriebe baldigst ein Ende gemacht wird. Früher haben wir bereits darauf aufmerksam gemacht, daß es uns auch durchaus falsch erscheint, wenn die D. W. wie ein neues Privatunternehmen anfangen, neue Fabrikationsartikel aufzunehmen, mit denen sie erst herumexperimentieren müssen, um ein brauchbares Modell zu finden, statt von der Privatindustrie vollkommen fertige Fabrikationsgegenstände zu übernehmen. Wir hatten darauf hingewiesen, daß der Reichskommissar für Ausfuhrbewilligungen einen Druck auf die Industrie ausüben kann, es bleibt auch der Weg der Zwangslizenz, auf den der Einsender vorstehend hinweist. Die D. W. besitzen Milliardenwerte, die das deutsche Volk mit großen Opfern geschaffen hat. Wenn wir beachten, daß wir für Hunderttausende von Arbeitern Arbeitsgelegenheit brauchen, dann müssen wir es aufs tiefste beklagen, daß die D. W. so völlig isoliert worden sind und die starke Hand, der Diktator, fehlt, um die Gegensätze und Interessenlosigkeit in den verschiedenen Zweigen der Reichsverwaltung zu überwinden. Der neue Reichsschatzminister wird sich der hier an ihn herantretenden Aufgaben baldigst bemächtigen müssen.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Frankfurt a. M., 14. Juli 1920.

Am 3. Verhandlungstage wurde die Aussprache über den Geschäftsbericht fortgesetzt und füllte den Tag voll aus. Die Ausführungen der Redner bewegten sich im allgemeinen in demselben Rahmen wie gestern. Die Oppositionsredner wiesen darauf hin, daß schon immer Konflikte zwischen dem Hauptvorstand und der Zahlstelle Berlin bestanden hätten, und erhoben zum Teil kleinliche persönliche Angriffe gegen einzelne Vorstandsmitglieder. Im übrigen erhob die Opposition die allgemeinen bekannten Angriffe gegen die „verknöcherte Gewerkschaftsbureaukratie" und das Verhalten der Generalkommission während der Kriegszeit.

Von den Rednern der Mehrheit wurde ausgeführt, daß die Berliner schon auf einer Gauleiterkonferenz erklärt hätten, daß sie sich an Reichstarifverhandlungen nicht beteiligen würden, obwohl die übrige Kollegenschaft durch einen Reichstarif ganz wesentliche Vorteile hätten herausholen können, da in dem betreffenden Entwurf alle erdenklichen Sicherheitsklauseln, wie automatische Erhöhung der Löhne nach den Buchdruckerlöhnen, vorgesehen waren. Die Absplitterungsbewegungen in Rheinland, Westfalen, Saargebiet würden von seiten der Unternehmerschaft und der Entente unterstützt in der Losung: Los von Berlin! Die Redner verurteilten, daß die Opposition, die sich als Propagandakommission vorgestellt habe, vor dem Verbandstage eine Vorkonferenz in Halle gehabt habe. Sie erklärten, daß der Vorstand im Interesse der Kollegenschaft gearbeitet und seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan habe.

Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann-Berlin, legte in längerer Rede die Gründe dar, von denen die Generalkommission sich bei ihrer Politik in den letzten Jahren hat leiten lassen. Die Vorwürfe der Opposition seien alte Bekannte, die auf jedem Verbandstag wiederkehrten, obwohl der Gewerkschaftskongreß darüber entschieden habe. Die Sozialpolitik Deutschlands stehe turmhoch über der aller anderen Kulturländer. Der intensiven und zähen Arbeit der Generalkommission sei es zu verdanken, daß der Arbeiter als gleichberechtigter Faktor im Staats- und Wirtschaftsleben Deutschlands gelte. Die Stellung und Macht, die die Gewerkschaften heute einnehmen, seien keine Revolutionserrungenschaften, sondern

Ergebnisse einer zähen, dornenvollen, jahrzehntelangen Arbeit.

Die Arbeitsgemeinschaften seien zum Vorteil der Arbeiterschaft, man solle sie nicht aus der Hand geben, bis man etwas Besseres habe. Sie lieferten der Arbeiterschaft ein Rüstzeug, um in den Produktionsprozeß eingreifen zu können. Das Betriebsrätegesetz sei unzulänglich, es solle aber auch erst den Kampfboden abgeben, um weitere Rechte für die Arbeiterschaft herauszuholen. Man solle sich auch darüber klar sein, daß bei der heutigen Zusammensetzung des Reichstags ein derartiges Gesetz überhaupt nicht herausgekommen wäre.

Es folgen Schlußworte der Berichterstatter, die morgen noch beendet werden.

Aus den Tiefen des Wirtschaftslebens.

Die Arbeiter und Angestellten mit den Zusammenhängen des Wirtschaftslebens vertraut zu machen, ihnen die große Verantwortung vor Augen zu führen, die sie als Träger einer höheren Wirtschaftsform stets in sich fühlen müssen, und sie zugleich einzuführen in den Wissensstoff der verschiedensten Zweige unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens, ist das große Ziel, das die Arbeiterbewegung stets verfolgt hat. In einer Zeit jedoch, in welcher die Arbeiter- und Angestelltenschaft ein nicht geringes Maß von Mitbestimmung im Wirtschaftsprozeß besitzt, muß der Durchbildung auf den wichtigsten Gebieten des Wissens ein größeres Augenmerk geschenkt und das Verantwortlichkeitsbewußtsein der Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenschaft gegenüber der Allgemeinheit in verstärktem Maße geschärft werden.

Diese Aufgabe scheint sich in der umfassendsten Weise die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene „Betriebsrätezeitung" gestellt zu haben, deren Julinummer jetzt vorliegt.

Im Leitartikel „Worauf es ankommt" lenkt Dr. A. Striemer das Augenmerk der Betriebsräte auf die großen Probleme, deren Lösung nur die einsichtigsten, opferwilligsten und tüchtigsten Männer erfordert. Wir verweisen die Angestellten- und Betriebsräte auf diesen Artikel und empfehlen denselben zu ernstester Beachtung. Daneben enthält die Julinummer eine so große Fülle von Wissenswertem aus den verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens, daß von vornherein sich jedem Leser die Ueberzeugung aufdrängt: mit dieser Lektüre wird der erste Versuch gemacht, die Angestellten- und Betriebsräte für ihre wichtige Mission vorzubilden.

Streik der Industrieangestellten in Brandenburg a. H.

Nachdem vom Schlichtungsausschuß Brandenburg bereits vor Monaten festgelegt wurde, daß zwischen dem dortigen Fabrikantenverein und den Angestelltenorganisationen Verhandlungen über einen Gruppentarif aufzunehmen sind, haben es bisher die Herren Arbeitgeber verstanden, die Verhandlungen zu verschleppen. Auf Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung gebeten, und es war auch eine Einigung bis auf die Gehaltsätze im großen und ganzen erzielt. Die Arbeitgeber ließen jedoch jedes Interesse an einer gütlichen Einigung vermissen. Die Angestellten traten, nachdem jede Verständigungsmöglichkeit erschöpft war, am 15. d. M. in den Streik.

Von 1000 in Frage kommenden Angestellten haben 95 Proz. für den Streik gestimmt. Ein Beweis, daß die Erbitterung gegenüber dem Verhalten der Unternehmer aufs höchste gestiegen war. Trotzdem seitens der Angestellten die lebenswichtigen Betriebe, wie Elektrizitätswerke, Koksfabrik, Roggenmühlen und Oelmühlen, vom Streik ausgeschlossen sind, ist die Technische Nothilfe angerufen worden. Die Arbeitgeber sind ohne weiteres in der Lage, die gerechten Forderungen der Angestellten zu erfüllen. Sie beweisen es, da sie schon seit vielen Tagen die gegenwärtig gleichfalls bestreikten Meister im Friseurgewerbe materiell unterstützen. Für scharfmacherische Zwecke ist also bei den Herren Arbeitgebern immer Geld vorhanden.

Tariferneuerung im Fuhrgewerbe.

Die Schwer- und Leichtfuhrwerkskutscher der gewerblichen „Fuhrbetriebe Groß-Berlins" hatten den bis zum 30. Juni bestehenden Tarifvertrag, der Löhne von 220 M. für Schwerfuhrwerkskutscher, 200 M. für Leichtfuhrwerkskutscher vorsah, zum Ablaufstermin gekündigt. In der mit dem Vorstand der Fuhrherren-Innung bzw. dem Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe stattgefundenen Verhandlung erklärten die Arbeitgeber, keine Lohnerhöhungen mehr zu bewilligen, da eine Verteuerung der Lebensmittel nicht mehr zu verzeichnen sei. Die Kommunen reduzieren den Lohn für 1 Tagesgespann schon um 10 Proz., so daß auch die Arbeiterschaft zum Abbau der Löhne übergehen sollte. Unter solchen Voraussetzungen der Arbeitgeber konnte natürlich eine Verständigung nicht erzielt werden; die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten daher, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen.

Der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des unparteiischen Magistratsrats Dr. Depène fällte am 1. Juli folgenden Schiedsspruch: für Schwerfuhrwerkskutscher 250 M., für Leichtfuhrwerkskutscher 230 M., für jugendliche Kutscher bis 18 Jahre (Zeitungs- und Aktenwagen) 150 M., für Leichtfuhrwerkskutscher, die durch Invalidität weniger leistungsfähig sind, 205 M., Arbeiterinnen 162 M. pro Woche. Für unständige Arbeiter 6,40 M., für Ueberstunden bei Tage 5,40 M., für Ueberstunden bei Nacht 5,65 M., für Ueberstunden der Jugendlichen 3,50 M., für das Füttern der Pferde an Sonntagen nachmittags 5,40 M. pro Stunde.

Die neuen Lohnsätze haben Gültigkeit vom 1. Juli bis zum 31. August 1920.

Die Arbeitgeber lehnten die Annahme des Schiedsspruches ab. Derselbe wurde durch den Herrn Oberpräsidenten als Demobilmachungskommissar im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens für verbindlich erklärt.

Beendeter Streik der Wachangestellten.

Der Streik der Wächter, Wächterinnen und Kontrolleure bei der Berliner Wach- und Schließgesellschaft ist nach einwöchiger Dauer durch Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß erfolgreich beendet worden.

Ein ewiges Schlichtungsverfahren.

Schon wieder einmal muß der demokratischen Firma Rudolf Mosse der Erwähnung getan werden. Die nach außen einem werten Publikum als stark mit sozialem Oel gesalbte sich vorstellende Firma ergrübelt alle Möglichkeiten, um der in ihrem Betriebe tätigen gesetzlichen Arbeitnehmervertretung Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Der über tausend Personen beschäftigende Betrieb kann sich nicht zu der selbstverständlichen Einsicht bekennen, daß während der Geschäftszeit eine Sprechstunde des Betriebsrates stattfinden muß. Der Betriebsrat hat sich bisher an die verschiedensten Instanzen gewendet, um die Einrichtung einer Sprechstunde während der Arbeitszeit zu ermöglichen, und ist nun noch an den Schlichtungsausschuß herangetreten. In einem am 15. d. M. stattgefundenen Termin konnte ein Schiedsspruch wegen verschiedener Formalitäten wiederum nicht gefällt werden. Das Eigentümliche an dem ganzen Verfahren ist, daß sich alle maßgebenden Instanzen möglichst von der Erledigung dieses Falles fernhalten wollen, und auch die oben erwähnte Spruchkammer des Schlichtungsausschusses schien dieser Absicht zu folgen. Wenn dem Betriebsrat durch das störrische Verhalten der Firma Mosse und der angerufenen behördlichen Stellen bisher nicht die Möglichkeit gegeben wurde, einwandfrei festzustellen, woran er ist, bleibt nichts weiter als das Mittel der Selbsthilfe übrig.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und Verband der Kommunalbeamten.

Von der Ortsverwaltung Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin N. 24, Johannisstr. 14/15, werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: Aus Arbeitnehmerkreisen gehen bei uns wiederholt Zuschriften ein, in denen um Auskunft ersucht wird, welche Ziele der Verband der Kommunalbeamten verfolgt und welchen politischen Standpunkt er einnimmt. Aus erwähnten Schriften geht hervor, daß die Einsender unsere Organisation mit dem obigen Verband verwechseln. Um ferneren Irrtümern vorzubeugen, sehen wir uns zu folgender Feststellung veranlaßt:

Unsere Organisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit der Reichssektion „Gesundheitswesen" steht mit dem Verbande der Kommunalbeamten in gar keinem Verhältnis. Auch in der Vergangenheit war dieses nicht der Fall. Ueber die Ziele des letzteren Verbandes uns auszulassen, haben wir keinerlei Veranlassung. Wir bemerken nur, daß diese Beamtenvereinigung (E. V.) dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen ist. Wer sich über den Charakter der Vereinigung orientieren will, der möge ihr Statut einsehen.

Der Reichsverband weiblicher Hausangestellten als Streikbrecheragent.

Vom Zentralverband der Hausangestellten wird uns geschrieben:

Die bei den nicht staatlichen und nicht kommunalen gemeinnützigen Krankenanstalten beschäftigten Angestellten hatten ihre Organisationen beauftragt, für den am 30. Juni abgelaufenen Tarif neue Forderungen einzureichen, welche den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind. Zu den vertretenen Organisationen gehörte auch der Reichsverband weiblicher Hausangestellten. Diese Organisation hatte seinerzeit die eingereichten Forderungen mit als das Mindestmaß dessen angegeben, um den Angestellten ein einigermaßen auskömmliches Leben zu ermöglichen. Die Verhandlungen mit dem Verband der nicht staatlichen und nicht kommunalen gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten haben ein negatives Ergebnis gebracht; die dort bewilligten Aufbesserungen waren so minimal, daß die Versammlung der Angestellten dieselben einstimmig ablehnte. Es waren auch Mitglieder der obengenannten Organisation vertreten, welche mit für die Ablehnung des Angebots stimmten. Der Reichsverband hat jetzt aber nichts Eiligeres zu tun, als den um ihr Recht kämpfenden Angestellten in den Rücken zu fallen. An seine Mitglieder richtete er am 6. Juli ein Rundschreiben, worin dieselben aufgefordert wurden, sich an einem von den Männerorganisationen (?!) inszenierten Streik nicht zu beteiligen, sondern aus Nächstenliebe weiterzuarbeiten. Gleichzeitig richtete derselbe an verschiedene Anstaltsleitungen das Angebot, wenn das Personal in den Streik tritt, sofort anderes Personal zu den alten Bedingungen zur Verfügung stellen zu wollen.

Solange diese Vertreter nicht Farbe zu bekennen brauchten, taten sie so, als ob sie für die gerechten Forderungen eintreten. Unsere Kolleginnen werden jedenfalls aus diesem Fall ersehen, in welchem Maße der Reichsverband weiblicher Hausangestellten für seine Mitglieder eintritt. Darum, Kolleginnen, laßt Euch nicht betören von den schönen Worten dieser Art Leute, sondern organisiert Euch restlos dort, wo Eure Interessen auch wirklich vertreten werden, im Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands!

Hermann Fischer.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Film-Palast
Koppenstr. 29. Kgst. 4114.
Vom 16. bis 22. Juli:
Die große Sensation!
Drei Nächte
Ein Spiel mit Menschen, Gold und Feuer, in 6 Akten, mit Reinh. Schünzel.
Der Erbe des Harems
Orig.-Wildw.-Drama in 3 Akt.

Kupfer M. 8,25
Rotguß M. 7,25
Messing . . . Mk. 4,—
Blei, Zink . . „ 2,25
r. Zinn b. . . „ 30,—
Lagerm. b. . „ 20,—
Quecksilber . „ 35,—
Gültig bis Montag, 19. 7.
Lothringer Str. 25.

Metallbetten
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 80/15

Elektro-Motore
Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Ein grauer Kopf
macht 10 Jahre älter! Ergraute Haare erhalten sofort ihre natürliche Farbe echt und unverwaschbar wieder durch mein garantiert unschädliches „Alcolor". In allen Farben erhältlich Fl. 8,50, 12,50 und 18.—.
Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstraße 4.

!!! Geld !!!
für jede Nachfrage. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Verkäufe
Preßtorf und Zementsteine liefert Prinz, Brüderstr. 39a.
Wandlitz. Quadratrute 90 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Birmoldstr. 11. Fernsprecher Steglitz 2904.
300 Mark und mehr sparen Sie beim Kauf von Jackettanzügen, Cutaways, Paletots, Kostümen, Mänteln. Sonderangebot: Pelzwaren aller Art jetzt auffallend billig, im Leihhaus Moritzplatz 58a.
Kreuzfüchse sowie andere neue Pelzsachen aller Art, keine Verfallsware, immer noch zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen im Leihhaus Warschauerstr. 7.
Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Cöpenicker Straße 71. 121R*
Nähmaschinen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 30. 31,4*
Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenicker Straße 71. 121R*

Möbel
Schlafzimmer- und Kücheneinrichtung sehr billig. Möbelschoß, Brunnenstraße 180 (Eingang Anklamerstraße). 113 4*
Schlafzimmer, vollständig, 2900. Speisezimmer, Eiche, 3800. Herrenzimmer mit Tisch und Stühlen 2800. Damenschreibtisch, elegant, 450. Altmahagoni Salonumbau mit großem Kristallspiegel 490. Dazu passender Salonschrank 200. Eichene Bettstellen mit Stahl und Auflagen 550. Riesenauswahl schwerer Möbel enorm billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Weinbergsweg). 153b
Herumgesprochen haben sich unsere billigen Preise. Schlafzimmer, Eichen-Schlafzimmer und Herrenzimmer 2235. 2450, 3115 Mark. Wohnzimmer 1335 Mark. Kücheneinrichtungen, Einzelstücke, Gelegenheitskäufe. Franko-Lieferung auch außerhalb. Hüffner. Möbelhäuser, Berlin N, Veteranenstraße 11—13. 113/6

Fahrräder
Damenfahrräder, Herrenfahrräder, 385, Motorzweirad, 1500, Fahrradgummis, Zubehör preiswert. Kämmerei, Große Frankfurterstraße 14, Hof.
Prima Prima Fahrradmäntel (Auslandsware) nur hundert Mark bei Kraus, Große Frankfurterstr. 32. 30/17*

Musikinstrumente
Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente. Reparaturen und Stimmungen. Moz Adam, Münzstraße 16. 1368
Einzelspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., [illegible] Hoppe. Harmoniums verkauft [illegible] Co., Oranienstr. 156. 1368
Bierling-Pianos, neue, gutgespielte, mobilierte Gelegenheiten. Kottbuserstr. 3. 732*

Kaufgesuche
Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht Sonne, Berlin, Oranienstraße 165.
Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze. Blumenstraße 58.
Armeepistolen, 9 Millimeter, kauft zu höchsten Preisen Arnstein, Linienstraße 30. 11/45
Leim kauft Drogerie Arn. Berlin, Andreasstraße 75. Königstadt 3100. 31/15*
Zahngebisse, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Kupfer, Messing, Blei kauft Chausseestraße 119, Portal I, Invalidenstraße. 173R*

Verschiedenes
Frauenleiden aller Art erfolgreiche Behandlung, gewissenhafte und diskrete Untersuchung. Berkulat, Chausseestraße 11. 178K

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co. G. m. b. H., [illegible] Postfach 220. [illegible]
Damm, Detektive, [illegible] 7213, Invalidenstr. [illegible] Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. [illegible]

Unterricht
Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königs[illegible]) Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei. [illegible] Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. [illegible] Fernsprecher: Königstadt 289.
Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen: Englisch, Französisch: 25 Mark monatlich. Kleine Zirkelklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Kleine [illegible] für Spanisch, Russisch zu [illegible] monatlich 25 Mark. Probestunde kostenlos. Leipzigerstr. 113a, Tauentzienstraße 19a.

Kaufmännische Privatschule von Hans Strahlendorff, Berlin SW., Beuthstraße 11, am Spittelmarkt. Am 6. Juli beginnen Halbjahreslehrgänge für Damen und Herren zur Ausbildung für das Kontor. Vierteljahreslehrgänge zur Ausbildung in kaufmännischem Rechnen, Schriftverkehr, doppelter Buchführung, Scheck- und Wechselkunde, Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben (Blindschreiben). Wahlfächer: Einfache, doppelte, amerikanische und Bankbuchführung, kaufmännisches Rechnen, Schriftverkehr, Kurzschrift (Stolze-Schrey), Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch. Lehrpläne unentgeltlich.
Dr. Lina. Deutsch, fremde Sprachen, Schulprüfungen, Alexandrinenstraße 88.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Zuschneiderin für konfektionierte Weißwaren sucht Wäschefabrik Engel, Neue Grünstraße 17. 1527b